

Antrag

Initiator*innen:

Titel: Vereinbarkeit von Leitungsämtern im
Bundesvorstand der kfd mit externen
Funktionen – Klärungsprozess zu
Rahmenbedingungen und Interessenkonflikten

Antragstext

1 Die Bundesversammlung möge beschließen, dass mit dieser Versammlung ein
2 strukturierter Prozess zur Auseinandersetzung mit der Vereinbarkeit von
3 politischen Mandaten sowie Funktionen und Ämtern außerhalb des Verbandes mit
4 Leitungsaufgaben in der kfd in Gang gesetzt wird. Dieser Prozess soll
5 insbesondere die Vereinbarkeit mit Leitungsämtern auf Bundesebene, vor allem mit
6 dem Amt der kfd-Bundesvorsitzenden, der Stellvertreterinnen sowie des
7 Bundesvorstands, in den Blick nehmen. Das Verfahren soll ergebnisoffen und unter
8 Beteiligung der Diözesan- bzw. Landesvorstände gestaltet sein. Dafür sind
9 geeignete Rahmenbedingungen und Strukturen zu entwickeln. Als mögliche Formate
10 kommen beispielsweise Arbeitsgruppen und Hearings in Betracht. Ziel des
11 Prozesses ist die Erarbeitung eines Ergebnispapiers, das der Bundesversammlung
12 2027 zur Abstimmung vorgelegt wird und bei der möglichen neu zu wählenden
13 Bundesvorsitzenden Anwendung finden kann.

14 Unter Funktionen und Ämtern außerhalb des Verbandes werden insbesondere
15 leitende, repräsentative oder entscheidungsrelevante Rollen in Politik,
16 Wirtschaft, Wissenschaft, Kirche und Gesellschaft verstanden.

17 Ziel des Prozesses ist die Erarbeitung konkreter Ergebnisse, insbesondere zu
18 folgenden Aspekten:

- 19 •eine klare Beschreibung des Rollen- und Aufgabenprofils der Bundesvorsitzenden,
20 ihrer Stellvertreterinnen sowie des erweiterten Bundesvorstands
- 21 •Kriterien für die Vereinbarkeit und den Umgang mit Ämtern und Funktionen

außerhalb des Verbandes, insbesondere in politischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, kirchlichen oder zivilgesellschaftlichen Kontexten

- die Klärung der besonderen Verantwortung der Bundesebene für die politische Interessenvertretung im Sinne der kfd unter Berücksichtigung ihrer Werte, Positionspapiere sowie Grundlagen- und Leitlinien
- Handlungsempfehlungen zum Umgang mit möglichen Interessenkonflikten

Die Ergebnisse sollen als Orientierung und Entscheidungshilfe für zukünftige Kandidatinnen dienen sowie als klare Grundlage für den Wahlausschuss und Auswahlprozesse und für die Erwartungen des Verbandes an den gesamten Bundesvorstand.

Die Organisation und Koordination des Prozesses erfolgen durch die Bundesgeschäftsstelle in Zusammenarbeit mit dem Bundesvorstand und den Diözesanverbänden.

Die Ergebnisse des Prozesses sind spätestens zur nächsten Bundesversammlung vorzulegen, in jedem Fall jedoch vor der Wahl einer neuen Bundesvorsitzenden.